
WealthCap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG

München

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019

Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG,

München

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1 Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München (kurz: AIF, Gesellschaft oder Wealthcap Immo 39 KG), wurde mit Gründungsvertrag vom 22. April 2015 und Eintragung in das Handelsregister am 6. Mai 2015 unter der Firma „Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. KG“ mit Sitz in München gegründet. Mit Gesellschafterbeschluss vom 10. Februar 2016 und Eintragung im Handelsregister am 16. Februar 2016 erhielt die Gesellschaft ihre aktuelle Firmierung.

Die Wealthcap Immo 39 KG ist eine vermögensverwaltende geschlossene Investment-Kommanditgesellschaft. Sie ist ein durch die Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, München (kurz: Verwaltungsgesellschaft oder WCK), fremdverwalteter geschlossener Publikums-AIF für private Investoren nach dem Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) mit einer festen Laufzeit bis zum 31. Dezember 2028.

Die Genehmigung der Anlagebedingungen der Wealthcap Immo 39 KG erfolgte mit Schreiben der BaFin vom 30. März 2016. Die Änderung der Anlagebedingungen, die auf einer redaktionellen Anpassung beruhte, wurde mit Schreiben vom 15. Juni 2016 genehmigt. Prospektauflegedatum war nach dem 15. Juni 2016, wodurch hier keine Änderungen veranlasst waren. Mit Schreiben vom 23. September 2016 erteilte die BaFin die Vertriebs Erlaubnis für die Anteile des AIF.

Das Geschäftsmodell des AIF sah die Einwerbung von Kommanditkapital von privaten Investoren in Höhe von bis zu 150 Mio. EUR (ohne Agio) gemäß dem Investitions- und Finanzierungsplan vor. Die Platzierung des AIF hatte im November 2016 begonnen und wurde im Dezember 2017 mit einem Platzierungsvolumen von insgesamt 140 Mio. EUR zzgl. Agio abgeschlossen. Ein Rückgaberecht der Anleger besteht nicht.

Mit Datum 3. Januar 2017 hat die Gesellschaft jeweils ca. 94,8 % der drei Objektgesellschaften Wealthcap Objekt Sendling GmbH & Co. KG, München (Objekt Sendling KG), Wealthcap Objekt Frankfurt GmbH & Co. KG, München (Objekt Frankfurt KG), und Wealthcap Objekt Stuttgart II GmbH & Co. KG, München (Objekt Stuttgart II KG), erworben, welche wiederum jeweils in eine Gewerbeimmobilie investiert sind.

Die Objekt Sendling KG hatte mit Kaufvertrag vom 21. Dezember 2015 und Übergang von Besitz, Nutzen und Lasten am 1. Juni 2016 ein Grundstück mit einem Bürogebäude und einer Tiefgarage in München mit einer vermietbaren Fläche von ca. 31.310 qm zu einem endgültigen Kaufpreis von 101.483 Tsd. EUR erworben. Bedeutende Mieter im Objekt sind die TECHDATA GmbH & Co. OHG, München, mit einer Mietfläche von rund 15.930 qm und einer festen Mietvertragslaufzeit bis zum 30. Juni 2022, die Carl Zeiss Meditec AG, Jena, mit einer Mietfläche von rund 4.350 qm und einer Festlaufzeit bis 30. September 2025 und die Carl Zeiss Microscopy GmbH, Jena, mit einer Mietfläche von 4.885 qm und einer Festlaufzeit bis 30. September 2025. Die Immobilie ist zum Abschlussstichtag zu ca. 99 % vermietet.

Die Objekt Frankfurt KG hatte mit Kaufvertrag vom 19. November 2015 und Übergang von Besitz, Nutzen und Lasten am 1. Januar 2016 ein Bürogebäude mit Tiefgarage in Frankfurt mit einer vermietbaren Fläche von rund 30.400 qm zu einem Kaufpreis von 84.745 Tsd. EUR erworben. Durch die Kündigung eines Hauptmieters zum 31. Dezember 2017 standen zum Abschlussstichtag ca. 16 % der vermietbaren Flächen leer. Ankermieter ist die Ogilvy & Mather Werbeagentur GmbH, Frankfurt, mit einer Mietfläche von rund 19.420 qm und einer Festlaufzeit bis 31. Dezember 2024. Weitere wesentliche Mieter sind die Twentieth Century Fox of Germany GmbH, Frankfurt mit einer Fläche von rd. 2.800 qm und einer Festlaufzeit bis 30. Juni 2021 sowie die Telefonica Germany GmbH, Frankfurt mit einer Fläche von rd. 1.300 qm und einer Festlaufzeit bis 30. November 2023.

Die Objekt Stuttgart II KG hatte mit Kaufvertrag vom 27. Juni 2016 und Übergang von Besitz, Nutzen und Lasten am 31. Dezember 2016 ein Bürogebäude sowie Parkhaus in Stuttgart zu einem Kaufpreis von 44.600 Tsd. EUR erworben. Das Objekt verfügt über vermietbare Büroflächen von rund 12.440 qm. Bedeutende Mieter sind die Design Offices GmbH, Nürnberg, mit einer Mietfläche von rund 7.845 qm und einer Festlaufzeit bis 31. März 2031, die Daimler AG, Stuttgart, mit einer Mietfläche von rund 3.360 qm und einer Festlaufzeit bis 31. August 2021, welche mit Kündigungsschreiben vom 17. Februar 2020 den Mietvertrag zum Laufzeitende gekündigt hat, und die zet:project. GmbH, Stuttgart, mit einer Mietfläche von rund 1.270 qm und einer festen Mietvertragslaufzeit bis



31. Oktober 2026. Der Verkäufer hat eine Erstvermietungsgarantie auf die am Übergabetag unvermieteten Flächen und für die am Übergabetag vermieteten und vom jeweiligen Mieter noch nicht übernommenen Flächen in dem Gebäude abgegeben. Die Immobilie ist zum Abschlussstichtag zu ca. 99 % vermietet.

Zum Abschlussstichtag haben die Beteiligungen an den drei Objektgesellschaften einen Anteil am Fondsvermögen gemäß KAGB von rund 98,47 %. Die liquiden Mittel von rund 0,16 % des Fondsvermögens gemäß KAGB bestehen aus einem Bankguthaben bei der UniCredit Bank AG, München (kurz: UCB).

Der Nettoinventarwert des Fondsvermögens zum Abschlussstichtag beträgt 174.852 Tsd. EUR (Vorjahr: 155.271 Tsd. EUR). Der Nettoinventarwert je Anteil von 1 Tsd. EUR beträgt bei 110.698 umlaufenden Anteilen bei Anteilklasse A 1.245,73 EUR, bei 10.092 umlaufenden Anteilen bei Anteilklasse B 1.265,82 EUR bzw. bei 19.000 umlaufenden Anteilen bei Anteilklasse C 1.272,48 EUR.

1.2 Ziele und Strategien

Gegenstand des AIF ist die Anlage und Verwaltung seiner Mittel nach der durch den Gesellschaftsvertrag und die Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage nach den §§ 261 bis 272 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB) in die nach den Anlagebedingungen der Investmentgesellschaft festgelegten Vermögensgegenstände zum Nutzen der Anleger unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben des KAGB.

Anlageziel der Wealthcap Immo 39 KG ist die Erwirtschaftung einer positiven Rendite für ihre Anleger mit jährlichen Ausschüttungen und Wertzuwächsen bei möglichst geringen Wert- und Ausschüttungsschwankungen. Mit Halten der Beteiligungen an den drei Objektgesellschaften, die ihrerseits in entsprechende Immobilien investiert sind, ist die Anlagestrategie umgesetzt. Weitere Investitionen sind derzeit nicht geplant.

Gemäß den Anlagebedingungen des AIF sind grundsätzlich Investitionen in weitere Objektgesellschaften möglich. Bei der Anlage in weitere Objektgesellschaften gelten ausschließlich folgende Anlagegrenzen für die von der Objektgesellschaft gehaltenen Immobilien:

- Region: Deutschland
- Nutzungsart: der Gewerbeanteil der Immobilien beträgt mindestens 80 %
- Größenklasse: Verkehrswert der jeweiligen Immobilie beträgt mindestens 10,0 Mio. EUR
- Objektqualität: Neubauten/Bestandsgebäude/generalsanierte Altbauten

Für den AIF wurde eine Planungsrechnung erstellt, auf deren Basis ausschüttungsfähige Erträge aus den Objektgesellschaften erwartet werden. Durch die vorgenannten Beteiligungen an den Objektgesellschaften soll der AIF - entsprechend des Beteiligungsverhältnisses an den Objektgesellschaften - jährliche Erträge i.H.v. anfänglich ca. 6,2 Mio. EUR generieren.

Im Berichtsjahr wurden Erträge aus den Beteiligungen von 4.809 Tsd. EUR (Vorjahr: 4.172 Tsd. EUR) erwirtschaftet.

Der AIF ist für die Zeit bis zum 31. Dezember 2028 errichtet. Die Gesellschafter können mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen eine Verlängerung der Laufzeit bis längstens 31. Dezember 2033 beschließen. Anschließend sind ein Verkauf der Immobilien und/oder der Beteiligungen und eine damit einhergehende Liquidation des AIF geplant.

2. Tätigkeitsbericht der KVG

Die Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH (WCK) mit Sitz in Bavariafilmplatz 8, 82031 Grünwald, ist die Kapitalverwaltungsgesellschaft des AIF. Sie wurde mit Bestellungsvertrag vom 30. März 2016 zur externen Kapitalverwaltungsgesellschaft des AIF i.S.d. KAGB bestellt. Der Bestellungsvertrag ist für den Zeitraum bis zur Auflösung des AIF abgeschlossen. Der Vertrag kann von den Parteien aus wichtigem Grund gemäß den Vorschriften des KAGB mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende gekündigt werden.

Die KVG hatte am 14. Oktober 2014 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb als Kapitalverwaltungsgesellschaft erhalten. Die Vertriebsgenehmigung für die Wealthcap Immo 39 KG wurde mit Datum vom 23. September 2016 erteilt.

Der Kapitalverwaltungsgesellschaft obliegt die Vornahme aller Rechtsgeschäfte, die zum Betrieb des AIF gehören, insbesondere die Verwaltung und Anlage des Vermögens des AIF. Hierbei umfasst der Aufgabenbereich der Verwaltungsgesellschaft insbesondere Tätigkeiten wie die Portfolioverwaltung, Risikomanagement, Administration der Investmentgesellschaft, Aufnahme von Anlegern, Anlegerverwaltung und die Beauftragung einer Verwahrstelle.

Die Verwaltungsgesellschaft nimmt sämtliche ihr aufgrund ihrer Position als Geschäftsführungsorgan und Verwaltungsgesellschaft gesetzlich und vertraglich zukommenden Aufgaben nach eigenem Ermessen und unter Wahrung des Bestellungsvertrages, der geltenden Gesetze, des Gesellschaftsvertrages und der Anlagebedingungen des AIF wahr. Die Verwaltungsgesellschaft handelt bei der gesetzmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben nicht weisungsgebunden. Gesetzlich zulässige Weisungsrechte und Zustimmungsvorbehalte der Gesellschafterversammlung bleiben unberührt.

Die WCK handelt mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns und haftet bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verletzung der ihr obliegenden Verpflichtungen und bei wesentlichen Vertragspflichten auch bei einer fahrlässigen Verursachung für den typischerweise vorhersehbaren Schaden.

Für die Übernahme der Aufgaben gemäß Bestellungsvertrag wurden die folgenden Gebühren mit der WCK vereinbart:

- Für die Konzeption der Gesellschaft erhält die WCK eine Konzeptionsvergütung,



- eine laufende jährliche Verwaltungsvergütung in Höhe von 0,14 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des AIF im jeweiligen Geschäftsjahr, in den Jahren 2016 bis 2018 jedoch mindestens 190 Tsd. EUR; durch die Verwaltungsvergütung wird zudem die Tätigkeit der WCK als geschäftsführende Kommanditistin abgedeckt; für das Geschäftsjahr 2019 beträgt die Verwaltungsvergütung 233 Tsd. EUR (Vorjahr: 204 Tsd. EUR),
- eine laufende jährliche Treuhandvergütung in Höhe von 0,14 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des AIF im jeweiligen Geschäftsjahr, in den Jahren 2016 bis 2018 jedoch mindestens 190 Tsd. EUR; für das Geschäftsjahr 2019 beträgt die Treuhandvergütung 235 Tsd. EUR (Vorjahr: 204 Tsd. EUR),
- Vergütung während des Liquidationszeitraums von 0,14 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des AIF im jeweiligen Geschäftsjahr,
- Transaktionsgebühr in Höhe von bis zu 1 % des Verkaufspreises (ohne Umsatzsteuer) für die Veräußerung der Vermögensgegenstände des AIF.

Die WCK steuert und überwacht im operativen Betrieb die Dienstleister sowie den Property Manager. Außerdem wird die Überwachung des Einganges der Mieterträge sowie die Anweisung der Auszahlungen an die Anleger durchgeführt.

Die WCK darf sich gemäß Bestellungsvertrag und soweit gesetzlich zulässig der Hilfe Dritter insbesondere im Rahmen einer Auslagerung bedienen. Die WCK hat die Aufgaben der Internen Revision (seit 17. September 2014) sowie Teile der Vorkehrungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (seit 19. Dezember 2014) auf die UniCredit Bank AG, München, ausgelagert. Der IT-Bereich ist seit dem 1. April 2018 von der WCK an die DATAGROUP Business Solutions GmbH, Siegburg, ausgelagert. Mit der Wahrnehmung des kaufmännischen Property Managements (Mieter- und Objektbetreuung, Unterstützung bei Vermietungsleistungen, IT-basierte Erfassung von Mietverträgen und Datenmanagement, Organisation der Bewirtschaftung und Erstellung von Nebenkostenabrechnungen) in Bezug auf bestimmte Immobilien von mehreren Immobilien-Publikums-AIF und Immobilien-Spezial-AIF wurden mit Auslagerungsvertrag vom 29. Juni 2018 und Wirkung zum gleichen Tage die IC Property Management GmbH, München, und mit Auslagerungsvertrag vom 28. Februar 2019 und Wirkung zum 1. März 2019 die Tectareal Property Management GmbH, Essen, betraut.

Mit der Verwahrstellenfunktion wurde die State Street Bank International GmbH, München (State Street), beauftragt. Die Aufgabenverteilung wurde zwischen der WCK und der State Street im Rahmen eines Verwahrstellenvertrags sowie eines Service Level Agreements geregelt.

Die Gesellschaft ist durch ihre Geschäftstätigkeit diversen Risiken ausgesetzt.

Risiken mit der größten finanziellen Auswirkung bei Eintritt bestehen grundsätzlich mittelbar auf Ebene der Objektgesellschaft und wirtschaftlich auf Ebene des AIF in Form eines Ausfalls eines oder mehrerer bedeutender Mieter und damit einhergehend der Verlust einer wesentlichen Ertragsquelle sowie der Liquidität. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Risiko als gering einzuschätzen.

Hinsichtlich der weiteren Risiken der Wealthcap Immo 39 KG verweisen wir auf unsere Darstellungen im Abschnitt 4.1 „Risikobericht“ dieses Lageberichts.

3. Wirtschaftsbericht

3.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

3.1.1 Aktuelles Wirtschaftsumfeld

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2019 das 10. Jahr in Folge. Die konjunkturelle Dynamik hat sich allerdings merklich verlangsamt. Dies ist insbesondere auf die Schwäche der Industrie zurückzuführen. Die gesamtwirtschaftliche Leistung nahm im Jahr 2019 um 0,6 % zu. Dies war zwar etwas mehr als zuletzt erwartet, aber deutlich weniger als in den fünf vorangegangenen Jahren, in denen das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich etwa 2,0 % pro Jahr stieg.

Zum Jahreswechsel hat die deutsche Wirtschaft ihre konjunkturelle Schwächephase noch nicht überwunden. Einer durch den gegenwärtig flauen Welthandel beeinträchtigten Industrie stehen nach wie vor mehrheitlich prosperierende Dienstleistungsbereiche sowie der Bausektor gegenüber. Nach wie vor bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld aber durch erhebliche Unwägbarkeiten geprägt.

Bei schwachen Impulsen aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld haben sich die deutschen Ausfuhren zuletzt seitwärts bewegt. Ihre Aussichten bleiben verhalten. Die ifo Exporterwartungen vom Dezember 2019 spiegeln mit ihrem leicht positiven Saldowert die optimistischste Erwartungshaltung seit zehn Monaten wider. Auch die Importe von Waren und Dienstleistungen haben sich im November saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen im Vergleich zum Oktober deutlich verringert (-2,5 %) und sind auch im Zweimonatsvergleich leicht zurückgegangen (-0,3 %).

Die privaten Konsumausgaben bleiben eine verlässliche Stütze der Binnenkonjunktur. Hierzu tragen der hohe Beschäftigungsstand sowie die merkliche Erhöhung der verfügbaren Einkommen bei. Diese waren im dritten Quartal 2019 um 3,4 % höher als vor einem Jahr.

Die gedämpfte Konjunktur machte sich am aktuellen Rand wieder deutlicher auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Erwerbstätigkeit wurde im November gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt nur geringfügig um 13.000 Personen ausgeweitet. Die Arbeitslosigkeit ist tendenziell leicht aufwärtsgerichtet, sie nahm im Dezember saisonbereinigt um 8.000 Personen zu. Nach den Ursprungszahlen (2,23 Millionen Personen) wird der Vorjahresstand um 18.000 Personen überschritten. Auch die Unterbeschäftigung hat sich leicht um 6.000 Personen erhöht.¹

¹ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Pressemitteilung „Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Januar 2020“ vom 15.01.2020

3.1.2 Vermietungs- und Investitionsmarkt für deutsche Büroimmobilien

Der Büroflächenumsatz in den Big 7 hat zum Ende des Jahres 2019 die 4 Millionen Quadratmeter-Marke leicht überschritten (4,03 Millionen Quadratmetern, plus 1,6 % gegenüber 2018). Damit wurde 2019 nach 2017 das stärkste Umsatzergebnis der letzten Jahre erzielt. Und das, obwohl das normalerweise stärkste Quartal eines Jahres (die Monate Oktober bis Dezember) nicht einmal ein Viertel zum Umsatzergebnis beigetragen haben. Ob dies der Beginn einer Abwärtsbewegung ist, muss abgewartet werden. Aufgrund der politischen



Risiken und der konjunkturellen Rahmenbedingungen wäre es zumindest keine Überraschung. Mit Blick auf die einzelnen Märkte zeigt sich allerdings eine heterogene Entwicklung. So weisen Stuttgart (+48 % auf 319.000 Quadratmetern), Düsseldorf (+33 % auf 550.000 Quadratmetern) und Berlin (+19 % auf knapp eine Million Quadratmetern) Zuwächse auf, während in Frankfurt (-8 %), in Köln (-5 %), Hamburg (-9 %) und auch in München die Vorjahreswerte unerreicht geblieben sind.

Nichts Neues auf der Angebotsseite, zumindest nicht was die kurzfristig verfügbaren Flächen betrifft. Insgesamt standen den flächensuchenden Unternehmen in den Big 7 zum Ende des Jahres 2019 nur noch 2,85 Millionen Quadratmetern zur Verfügung. Während sich das gesamte Leerstandsvolumen der Big 7 2018 um 21 Prozent reduzierte, nahm es 2019 um 16 Prozent ab. Dennoch weisen fünf der sieben Hochburgen im 12-Monatsvergleich einen zweistelligen prozentualen Rückgang der Leerstandsvolumina auf, mit Werten zwischen 12 Prozent in Frankfurt und 33 Prozent in Köln. In Berlin sank der Leerstand „nur“ noch um rund sechs Prozent, die Bundeshauptstadt weist aber mit 1,8 Prozent die bundesweit niedrigste Leerstandquote auf. Einzig in Stuttgart ist der Leerstand im Jahresvergleich angestiegen, wengleich moderat um 0,1 Prozentpunkte auf eine Quote von 2,3 Prozent. Die über die Big 7 aggregierte Leerstandquote notierte Ende Dezember bei genau drei Prozent und damit 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresquartal. Selbst die anziehende Neubautätigkeit wird auch 2020 nicht ausreichen, dass die Leerstände wieder steigen. Im letzten Jahr haben die Bürofertigstellungen deutlich zugelegt und mit 1,12 Millionen Quadratmetern nicht nur die eine Million-Marke überschritten, sondern auch das höchste Fertigstellungsvolumen seit 2010 markiert.

Und es wird weiter gebaut: 2020 werden 1,9 Millionen Quadratmetern (davon aktuell noch ein Drittel frei) und ein Jahr später sogar 2,6 Millionen Quadratmetern erwartet. Ab 2021 wird sich die Angebotsausweitung auch spürbar auf die Leerstandquoten dieser Märkte auswirken.

Die hohe Flächennachfrage vor dem Hintergrund eines weiter abnehmenden Angebots hat seit 2010 zu steigenden Büromieten in den Big 7 geführt. 2019 betrug der Anstieg der Spitzenmiete in der Aggregation 5,4 %.²

² Quelle: JLL, Büromarktüberblick, Q4 2019, Januar 2020.

München

Am Münchener Bürovermietungsmarkt wurden im Gesamtjahr 760.000 m² vermietet oder von Eigennutzern belegt. Das sind mehr als ein Fünftel weniger als im Vorjahr und 10 % unter dem Fünfjahresdurchschnitt. Der Umsatzrückgang erklärt sich vor allem durch ein schwaches viertes Quartal und insgesamt weniger Großabschlüsse als 2018.

Für das Jahr 2020 erwarten wir einen Flächenumsatz in Höhe von 800.000 m². Die Innenstadt ist mit einem Flächenumsatz in Höhe von 147.000 m² der umsatzstärkste Teilmarkt vor dem Umland- Nord. Der Umsatzanteil des Umlandes liegt bei 30 % - das ist der höchste Wert der vergangenen Jahre. Die Leerstandquote ist zum Jahresende auf 2,3 % gefallen - das ist der niedrigste Wert seit Anfang 2002. Im Jahr 2019 wurden 336.000 m² Büroflächen fertig. Insgesamt befinden sich derzeit rund 860.000 m² Büroflächen im Bau, davon 37 % noch verfügbar. Die seit längerem anhaltende Marktsituation mit sinkendem Flächenangebot auf bereits niedrigem Niveau sowie die hohe Flächennachfrage aufgrund guter regionalwirtschaftlicher Entwicklung lassen das Mietniveau seit Jahren ansteigen. Die Spitzenmiete notiert zum Jahresende bei 41,00 €/m²/Monat und die Durchschnittsmiete ist auf rund 20,20 € gestiegen. Im Münchener Stadtgebiet liegt sie bei 22,80 €³

Frankfurt

Der Flächenumsatz von 580.000 m² repräsentiert das drittstärkste der letzten zehn Jahre und das fünftstärkste aller Zeiten. Sieben der Top-10-Anmietungen wurden in Projekten getätigt; dennoch ist bei einigen Mietern bezüglich Projektanmietungen eine gewisse Skepsis auszumachen. Grund sind die deutlich verlängerten Bauzeiten. Anmietungsentscheidungen müssen teilweise drei bis vier Jahre vor dem gewünschten Umzug getroffen werden. Obwohl sich die Konsolidierung der großen deutschen Banken fortsetzt, rangierten die Banken/Finanzdienstleister auf Platz 1 der Branchenstatistik. Das ist kein Widerspruch, denn einerseits mieten die Unternehmen zunächst einmal Flächen an, auch wenn im Wege der Konsolidierung am Ende eine geringere belegte Gesamtfläche die Folge ist. Andererseits gibt es weiter expandierende Institute, wie etwa die ING, die in der City-West 26.000 m² anmietete. Bei den Teilmärkten führen mit der City-West, dem Lyoner Quartier und Eschborn gleich drei dezentrale Lagen das Ranking an. Das ruft zunehmend Entwickler auf den Plan, die hier auch spekulativ bauen. Die Leerstandquote sank auf nunmehr 5,5 %. Bestandsminderungen veralteter Büroobjekte in Form von Umwidmungen verzeichneten ein Zehnjahrestief. Gleich mehrere Teilmärkte wiesen im Jahresverlauf signifikante Mietpreisanstiege auf. Die Spitzenmiete stieg im Jahresvergleich um 3,8 % auf 41,50 €/m²/Monat, Tendenz weiter steigend.⁴

³ Quelle: JLL, Büromarktüberblick, Q4 2019, Januar 2020.

⁴ Quelle: JLL, Büromarktüberblick, Q4 2019, Januar 2020.

Stuttgart

Auf dem Stuttgarter Bürovermietungsmarkt wurde im Jahr 2019 mit rund 319.000 m² fast doppelt so viel Bürofläche umgesetzt wie im Vorjahreszeitraum. Der Fünfjahreschnitt wurde um rund 11 % übertroffen. Verantwortlich für dieses überdurchschnittliche Umsatzergebnis sind Anmietungen von Großnutzern, darunter Vector Informatik (ca. 25.000 m²), Siemens (ca. 20.000 m²) und die Alte Leipziger-Hallesche (ca. 19.300 m²), die sich allesamt Flächen in Projektentwicklungen in Nebenlagen mit hoher Vorlaufzeit gesichert haben. Dennoch führt die City die Teilmarktstatistik nach Anteil am Flächenumsatz (ca. 20%) und Anzahl der Deals (ca. 38%) an. Die Öffentliche Verwaltung erwies sich mit rund 78.200 m² als umsatzstärkste Nachfragegruppe. Die traditionell starke Industriebranche folgt mit knapp 53.000 m² angemieteter Fläche. Das Fertigstellungsvolumen lag 2019 mit knapp 93.000 m² etwa auf Niveau des mittelfristigen Vergleichs. Zwar werden für 2020 Rekord-Baufertigstellungen von ca. 236.000 m² erwartet. Angesichts der hohen Eigennutzerquote werden die neuen Flächen die Angebotsseite nur wenig entlasten. Die Spitzenmiete stieg binnen eines Jahres um 1,00 Euro/m²/Monat auf aktuell 24,50 Euro/m²/Monat. Bis Jahresende wird ein weiterer Anstieg um 0,50 Euro/m²/Monat erwartet. Im Q4 2019 erhöhte sich die Leerstandsquote zum Vorquartal um 0,1 Prozentpunkte auf 2,3%, was allerdings auf den Freizug einer großen Bürofläche zurückzuführen ist.⁵

3.2 Geschäftsverlauf und Lage

Der Geschäftsverlauf - insbesondere das realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres in Höhe von 4.172 Tsd. EUR - war unter dem Plan. Dies lässt sich vor allem auf niedrigere Beteiligungserträge aus den Objektgesellschaften als erwartet zurückführen.

Der Nettoinventarwert des Fondsvermögens zum Abschlussstichtag beträgt 174.851 Tsd. EUR (Vorjahr: 155.271 Tsd. EUR). Der Nettoinventarwert je Anteil von 1 Tsd. EUR beträgt bei 110.698 umlaufenden Anteilen bei Anteilklasse A 1.245,73 EUR, bei 10.092 umlaufenden Anteilen bei Anteilklasse B 1.265,82 EUR bzw. bei 19.000 umlaufenden Anteilen bei Anteilklasse C 1.272,48 EUR.

	Anteilklasse A	Anteilklasse B	Anteilklasse C
	EUR	EUR	EUR
Wert des Investmentvermögens am 31.12.2018	122.394.070,59	11.361.012,80	21.515.608,09
Wert des Investmentvermögens am 31.12.2019	137.900.113,95	12.774.651,95	24.177.036,77
Veränderung	15.506.042,46	1.413.639,15	2.661.428,68

⁵ Quelle: JLL, Büromarktüberblick, Q4 2019, Januar 2020.

Der Anstieg des Werts des Investmentvermögens im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf das positive realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres in Höhe von 4.172 Tsd. EUR sowie das positive nicht realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres in Höhe von 20.988 Tsd. EUR zurückzuführen.

Frühere Wertentwicklungen stellen keinen Indikator für zukünftige Wertentwicklungen dar.

3.3 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.3.1 Ertragslage

Das positive Ergebnis des Geschäftsjahres in Höhe von 25.160 Tsd. EUR (Vorjahr: 21.638 Tsd. EUR) setzt sich aus dem positiven realisierten Ergebnis in Höhe von 4.172 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.490 Tsd. EUR) sowie dem positiven nicht realisierten Ergebnis in Höhe von 20.988 Tsd. EUR (Vorjahr: 18.148 Tsd. EUR) zusammen.

Das positive realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres in Höhe von 4.172 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.490 Tsd. EUR) resultiert im Wesentlichen aus Beteiligungserträgen aus den Beteiligungen an den drei Objektgesellschaften in Höhe von 4.809 Tsd. EUR (Vorjahr: 4.172 Tsd. EUR). Diesen stehen insbesondere sonstige Aufwendungen in Höhe von 279 Tsd. EUR (Vorjahr: 408 Tsd. EUR), Verwaltungsvergütung in Höhe von 235 Tsd. EUR (Vorjahr: 204 Tsd. EUR), Verwahrstellenvergütung in Höhe von 104 Tsd. EUR (Vorjahr: 91 Tsd. EUR) sowie Abschluss- und Veröffentlichungskosten in Höhe von 28 Tsd. EUR (Vorjahr: 41 Tsd. EUR) gegenüber.

Die sonstigen Aufwendungen des Geschäftsjahres 2019 sind insbesondere durch konzeptionsbedingte Aufwendungen für die Eigenkapitalbeschaffung, die Konzeptionsvergütung, Geschäftsbesorgung und Komplementärvergütung geprägt und setzen sich wie folgt zusammen:

	2019	2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Eigenkapitalvermittlungsvergütung	0	101
Konzeptionsvergütung	0	34
Platzierungs- und Einzahlungsgarantie	0	29
Treuhandvergütung	233	204
Komplementärvergütung	38	29
Druckkosten	5	5
Übrige	3	6
	279	408

Das nicht realisierte Ergebnis in Höhe von 20.988 Tsd. EUR (Vorjahr: 18.148 Tsd. EUR) resultiert aus der Neubewertung der Beteiligungen zum Abschlussstichtag und besteht aus nicht realisierten Erträgen aus der Neubewertung der Objekt Frankfurt KG von 4.835 Tsd. EUR, der Objekt Sendling KG von 12.083 Tsd. EUR sowie der Objekt Stuttgart II KG von 4.069 Tsd. EUR.

3.3.2 Finanzlage

Kapitalstruktur

Zum Abschlussstichtag beträgt die Eigenkapitalquote 99,87 % (Vorjahr: 99,89 %) bezogen auf die Bilanzsumme. Die Fremdkapitalquote beträgt zum Abschlussstichtag 0,13 % (Vorjahr: 0,11 %).

Zum Abschlussstichtag bestehen Kapitaleinlagen in Höhe von 139.790 Tsd. EUR (Vorjahr: 139.790 Tsd. EUR). Diese setzen sich zum Bilanzstichtag aus den Einlagen der Verwaltungsgesellschaft WCK (10 Tsd. EUR) und den Einlagen der Treuhandkommanditisten von 139.780 Tsd. EUR zusammen. Daneben bestehen Rücklagen der Treuhandkommanditisten von 5.288 Tsd. EUR aus den eingeforderten Agien. Zum Abschlussstichtag war das zu platzierende Eigenkapital in voller Höhe eingeworben und eingezahlt.

Zum 31. Dezember 2019 stellen sich die Kapitalstruktur sowie die bestehenden Fremdfinanzierungen in den Objektgesellschaften auf Basis der für die Objektgesellschaften einschlägigen Rechnungslegungsvorschriften (HGB) wie folgt dar:

	Objekt Frankfurt KG		Objekt Sendling KG		Objekt Stuttgart II KG	
	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%
Fremdkapital	42.846	47,49	46.388	44,00	22.185	47,08
davon Darlehen:						
- Deutsche Pfandbriefbank AG	40.968	45,40	0,00	0,00	0,00	0,00
- UniCredit Bank AG	0,00	0,00	44.854	42,54	0,00	0,00
- Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG	0,00	0,00	0,00	0,00	21.265	45,13
Eigenkapital	47.384	52,51	59.044	56,00	24.939	52,92
	90.230	100,00	105.432	100,00	47.124	100,00

Investitionen

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen getätigt.

Liquidität

Die Liquiditätslage des AIF war im Geschäftsjahr 2019 stets geordnet. Der AIF ist sämtlichen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachgekommen. Zum Abschlussstichtag hält der AIF freie Liquidität in Höhe von 287 Tsd. EUR.

3.3.3 Vermögenslage

Die Summe der Aktiva beträgt zum Abschlussstichtag 175.080 Tsd. EUR (Vorjahr: 155.445 Tsd. EUR). Wesentliche Posten der Aktiva sind die Beteiligungen in Höhe von 172.184 Tsd. EUR (Vorjahr: 151.197 Tsd. EUR), Forderungen gegen Beteiligungsgesellschaften in Höhe von 2.608 Tsd. EUR (Vorjahr: 3.101 Tsd. EUR) und das Bankguthaben in Höhe von 287 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.147 Tsd. EUR).

Die Passiva beinhalten neben dem Eigenkapital (174.852 Tsd. EUR; Vorjahr: 155.271 Tsd. EUR) insbesondere Rückstellungen (195 Tsd. EUR; Vorjahr: 159 Tsd. EUR) und sonstige Verbindlichkeiten (33 Tsd. EUR; Vorjahr: 14 Tsd. EUR).

Auf Ebene der Objektgesellschaften stellt sich die Vermögenslage auf Basis der für die Objektgesellschaften einschlägigen Rechnungslegungsvorschriften (HGB) wie folgt dar:

	Objekt Frankfurt KG		Objekt Sendling KG		Objekt Stuttgart II KG	
	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%
Aktiva						
Sachanlagen	83.993	93,09	99.402	94,29	44.689	94,83
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	3.174	3,52	3.661	3,47	1.356	2,88
Guthaben bei Kreditinstituten	1.645	1,82	1.321	1,25	919	1,95
Rechnungsabgrenzungsposten	1.018	1,13	276	0,26	0	0,00
Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte						



	Objekt Frankfurt KG		Objekt Sendling KG		Objekt Stuttgart II KG	
	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%
Verlustanteile und Entnahmen der Kommanditisten	400	0,44	773	0,73	160	0,34
	90.230	100,00	105.432	100,00	47.124	100,00
Passiva						
Eigenkapital	47.384	52,51	59.044	56,00	24.939	52,92
Fremdkapital	42.846	47,49	46.388	44,00	22.185	47,08
	90.230	100,00	105.432	100,00	47.124	100,00

Die Vermögenslage auf Ebene der Objektgesellschaften wird demnach wesentlich durch die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Immobilien bestimmt. Darüber hinaus bestehen auf der Aktivseite liquide Mittel. Die bei den Objektgesellschaften bestehenden, nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile und Entnahmen der Kommanditisten sind konzeptionsbedingt durch Anlaufkosten verursacht, welche von den Gründungskommanditisten der Gesellschaften getragen werden. Die Passivseite wird jeweils insbesondere durch die langfristigen Darlehen geprägt.

3.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Der bisherige Geschäftsverlauf der Gesellschaft liegt aufgrund von niedrigeren als prognostizierten Beteiligungserträgen unter den Erwartungen. Der wesentliche finanzielle Leistungsindikator der Gesellschaft sind die auf der Planungsrechnung basierenden Ausschüttungsquoten. Weitere relevante Steuerungsgrößen der Objektgesellschaften sind der Loan-to-value, das Debt-service-coverage-ratio sowie der Liquiditätsgrad erster und zweiter Grad.

Eine Steuerung der Gesellschaft über andere finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren erfolgt nicht.

3.5 Gesamtaussage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet.

4. Risiko- und Liquiditätsmanagement

4.1 Risikobericht

4.1.1 Vorbemerkung

Der AIF ist in das Risikomanagement der WCK eingebunden, die die zentrale Steuerung gemäß KAGB übernimmt.

Der Risikomanagementprozess der WCK dient dem Schutz der Interessen der Anleger und erstreckt sich von der Anbindung bis zur Desinvestition von Vermögensgegenständen über den gesamten Produktlebenszyklus eines AIF. Im Fokus stehen dabei die wesentlichen Risiken, die in einem engmaschigen Verfahren identifiziert, laufend bewertet, gesteuert und kontrolliert werden.

Mit einem ausführlichen Regel- und Ad-hoc-Berichtswesen wird sichergestellt, dass die Entscheidungsträger und Risikokontrollgremien jederzeit über die aktuelle Risikosituation informiert sind.

Der Risikomanagementprozess sieht vor, dass das Risikomanagement bereits zu einem frühen Zeitpunkt während der Anbindungsphase und ggf. vor Konzeptionierung eines AIF eingebunden wird. Die Risiken von abweichenden Prognoseverläufen werden hier bereits durch Sensitivitätsanalysen geprüft; dabei werden Veränderungen der wesentlichen wirtschaftlichen Parameter vorgenommen und deren Auswirkungen auf die Zahlungsströme überprüft.

Für den AIF wurden durch das Risikomanagement auf Basis des Risikoprofils Limits und Warnlevel-Werte für verschiedene Kennziffern festgelegt. Als relevante Kennziffern wurden dabei der Loan-to-value und das Debt-service-coverage-ratio auf Ebene der Objektgesellschaften sowie der Liquiditätsgrad erster und zweiter Grad und der Kapitalerhalt auf Ebene des AIF festgelegt.

Drohende und tatsächliche Limitverletzungen der definierten Risikolimits lösen einen Eskalationsprozess bzw. Maßnahmen zur Risikominderung aus. Ein übergeordnetes, mit Produktverantwortlichen, Risikomanagern und Geschäftsführern besetztes Risiko-Komitee wird regelmäßig über die Risikosituation informiert und entscheidet ggf. über die Einsetzung einer bereichsübergreifenden Task-Force zur Erarbeitung und Durchführung von risikominimierenden Maßnahmen.

Zusätzlich werden in der Bestandsphase eines AIF über ein zentrales Risikoinformations-Tool laufend risikorelevante Daten gesammelt und ausgewertet. Die Einmeldung erfolgt in der Regel über die risikoverantwortlichen Fondsmanager. Einmal jährlich erfolgt eine Risikoinventur. Die Ergebnisse werden im Rahmen eines Strategiejahresgesprächs offengelegt und, falls erforderlich, entsprechende Maßnahmen abgeleitet.



Eine eigene Risikotragfähigkeitsrechnung für den AIF erfolgt nicht, da die Gesellschaft ausschließlich über ihre Objektgesellschaften Immobilien besitzt, und keine Änderung der Risikostrategie vorgesehen ist. Die Steuerung der Risikodeckungsmasse erfolgt über die Liquiditätsplanung.

Die für den AIF wesentlichen Ergebnisse der Risikoanalyse werden von der WCK direkt an die gesetzlichen Vertreter der Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG berichtet.

4.1.2 Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken

Adressenausfallrisiken bestehen grundsätzlich mittelbar auf Ebene der Objektgesellschaften und wirtschaftlich auf Ebene des AIF in Form eines Ausfalls der Mieter. Das Risiko eines bedeutenden Ausfalls von Mietern wird derzeit als gering angesehen. Zum einen erfolgt die Beurteilung der Bonität von wesentlichen Mietern durch eigene Prüfungen sowie über Auskünfte von Creditreform. Zum anderen besteht durch verschiedene Mieter über verschiedene Branchen hinweg eine ausreichende Risikostreuung. Weiterhin wird das Mietausfallwagnis in der Prognoserechnung angemessen berücksichtigt.

Liquiditätsrisiken entstehen aufgrund der abgeschlossenen Verträge grundsätzlich nur bei einem Ausfall eines wesentlichen Mieters und soweit keine Anschlussmietverträge abgeschlossen bzw. die Immobilie nicht veräußert werden kann. Die hieraus entstehenden Liquiditätsrisiken können die Zahlungsunfähigkeit und Insolvenz der jeweiligen Objektgesellschaften nach sich ziehen. Der Ausfall einer oder mehrerer Objektgesellschaften kann auch zur Zahlungsunfähigkeit und Insolvenz des AIF führen, welche den teilweisen oder vollständigen Verlust der von den Anlegern geleisteten Einlagen zur Folge haben kann.

Umstände und Risiken, welche zu einer Zahlungsunfähigkeit der Objektgesellschaften und/ oder des AIF führen können, werden frühzeitig durch das von der Verwaltungsgesellschaft implementierte Liquiditätsmanagement identifiziert und den Risiken entgegengewirkt. Temporäre Leerstände sowie ggf. erforderliche liquiditätswirksame Maßnahmen an den Objekten werden angemessen in der Planungsrechnung einkalkuliert.

Für das Fondsvermögen wird mindestens einmal jährlich eine Bewertung durchgeführt. Neben dem regelmäßigen Monitoring der Bonität der Mieter erfolgt auch regelmäßig die Überprüfung der Verwertbarkeit der über die Objektgesellschaften bzw. mittelbar gehaltenen Objekte.

Zudem erfolgt ein laufender Abgleich der Planungsrechnung mit den Ist-Werten.

Ein Mieter einer Objektgesellschaft zahlt seit April 2020 nicht mehr die vollständige monatliche Miete. Der Mietzahlungsanspruch der Objektgesellschaften besteht weiterhin, auch im Falle einer Stundung. Hieraus resultieren keine bestandsgefährdenden Risiken für die Objektgesellschaften oder den Fonds, da sie aufgrund der restlichen Mietzahlungen und der vorhandenen Liquidität über ausreichende Mittel verfügen, um ihren kurzfristigen Verpflichtungen vollständig nachzukommen.

4.1.3 Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiken kommen für die Wealthcap Immo 39 KG im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit grundsätzlich Zinsänderungsrisiken bezüglich der Refinanzierung sowie Immobilienmarktrisiken mittelbar auf Ebene der Objektgesellschaften in Betracht.

Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken auf Ebene der Objektgesellschaften erfolgte dabei bereits bei der Konzeption der jeweiligen Gesellschaften durch eine entsprechende Gestaltung der Finanzierungsstruktur. Die langfristigen Finanzierungen der von den Objektgesellschaften gehaltenen Immobilien erfolgt planmäßig neben dem vom AIF eingezahlten Eigenkapital durch langfristige Darlehensverträge mit festen Laufzeiten über die gesamte bzw. überwiegende Fondslaufzeit sowie fest vereinbarten Zinssätzen. Zinsänderungsrisiken sollen damit weitgehend minimiert werden.

Währungsrisiken bestehen nicht.

Immobilienmarktrisiken bestehen grundsätzlich mittelbar auf Ebene der Objektgesellschaften. Immobilienmarktrisiken werden derzeit erst bei Ausfall eines wesentlichen Mieters schlagend, da in diesem Fall eine alternative Verwertung der Immobilie in Frage kommen würde. Dieses Risiko wurde daher primär über die Adressenausfallrisiken betrachtet. Zusätzlich ist der AIF voll investiert und derzeit sind keine Verkäufe geplant bzw. erforderlich. Darüber hinaus zeigt die aktuelle Entwicklung, dass die Objekte in gefragteren Investitionsstandorten gelegen sind.

Es besteht ein Restwertisiko am Ende der geplanten Fondslaufzeit. Über konservative Kalkulationsannahmen u.a. angemessene Instandhaltungsrücklagen und den Verkaufsfaktor wurde dieses Risiko ausreichend berücksichtigt. Aktuell gibt es keine Hinweise auf eine Risikoerhöhung.

4.1.4 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden grundsätzlich nicht gesehen, da sämtliche Aufgaben im Rahmen des Bestellungsvertrags mit der WCK als externe Verwaltungsgesellschaft auf diese ausgelagert sind. Auch das Risikomanagement für die operationellen Risiken ist damit auf die WCK ausgelagert. Sollte die WCK ihren Leistungen operationell nicht nachkommen können, besteht grundsätzlich die Möglichkeit, eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft mit diesen Leistungen zu beauftragen. Bei den Objektgesellschaften waren sämtliche Aufgaben auf die WCK ausgelagert, so dass auch auf dieser Ebene grundsätzlich keine operationellen Risiken gesehen werden. Operationelle Risiken sind für die WCK im Wesentlichen identifizierte Risiken aus Personal, IT sowie Prozessen.

Im Geschäftsjahr 2019 sind keine für die Gesellschaft relevanten Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetreten. Auch liegen derzeit keine Hinweise darauf vor, dass ein operationelles Risiko schlagend werden könnte. So liegen etwa keine relevanten anhängigen Rechtsstreitigkeiten, Beschwerden oder Ereignisse aus der Schadensdatenbank für den AIF bei der WCK vor.

Aufgrund des Coronavirus wurden weltweit Wachstumsprognosen gesenkt. Die Wealthcap-Gruppe ist in das Krisenmanagement der HVB eingebunden und hält dessen Vorgaben, die im Einklang mit den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation stehen, ein. Es wurde ein Business Continuity Plan entwickelt, welcher laufend an aktuelle Entwicklungen angepasst wird. Derzeit sind erste Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf erkennbar, jedoch noch keine akuten Risiken für die Gesellschaft. Mögliche weitere Auswirkungen des Coronavirus werden fortlaufend durch den Fondsverwalter Wealthcap KVG analysiert und Maßnahmen zur Risikoverminderung diskutiert. Es ist aber nicht auszuschließen, dass eine weitere Verbreitung des Virus den zukünftigen Geschäftsverlauf der Gesellschaft erheblich beeinflussen könnte.



4.1.5 Zusammengefasste Darstellung der Risikolage

Bis zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts sind keine bestandsgefährdenden Risiken für den AIF erkennbar.

4.2 Liquiditätsmanagement

Die WCK hat schriftliche Grundsätze und Verfahren festgelegt, die es ihr ermöglichen, die Liquiditätsrisiken zu überwachen.

Gegenstand des Liquiditätsmanagements sind die Planung, Analyse, Anlage und Steuerung der Liquidität des AIF zur Einhaltung der Liquiditätsgrenzen, die die WCK in Bezug auf die Liquiditätsrisiken des AIF festgesetzt hat, sowie die Koordination des kurz-, mittel- und langfristigen Kapitalbedarfs des AIF. Das Liquiditätsmanagement hat neben der Renditeoptimierung das Ziel, die kurz-, mittel- und auch langfristige Zahlungsfähigkeit des AIF zu sichern. Das Liquiditätsmanagement für den AIF umfasst dabei auch die Durchsicht auf die Liquiditätssituation der Objektgesellschaften.

Im Rahmen des Liquiditätsmanagements erfolgt ein kontinuierlicher Abgleich der vorhandenen Liquidität mit den Zahlungsverpflichtungen des AIF. Hierbei werden insbesondere die von dem AIF zu tragenden Kosten und Gebühren, weitere feststehende Zahlungen (etwa Zinszahlungen und Tilgungsleistungen) sowie die Ausschüttungsplanung des AIF berücksichtigt.

Die WCK verwendet ein EDV-gestütztes Liquiditätsmanagementsystem. Der Abgleich der aktuellen Liquiditätssituation des AIF mit den Liquiditätsgrenzen, deren Einhaltung z.B. für die weitere Entwicklung des AIF unter verschiedenen Annahmen erforderlich ist, erfolgt auf Basis von Liquiditätskennziffern, wie Liquiditätsgrad erster und zweiter Grad. Regelmäßig werden Stresstests durchgeführt, um die Liquiditätsrisiken des AIF unter unterschiedlichen Annahmen zu simulieren und daraus ggf. Ableitungen für die Verwaltung des AIF vornehmen zu können.

5. Vergütungen

Angaben gemäß § 101 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 KAGB

Als Kapitalverwaltungsgesellschaft wurde mit Wirkung seit 30. März 2016 die WCK beauftragt. Die WCK hat im Geschäftsjahr 2019 folgende Vergütungen an ihre Führungskräfte und Mitarbeiter geleistet:

Anhang gem. § 7 Nr. 9 KARBV	
Gesamtsumme der von der KVG im Kalenderjahr 2019 gezahlten Mitarbeitervergütung	Gesamtsumme entspr. Jahresabschluss 2019 der KVG (Löhne + Gehälter) 21.124.016 EUR (ohne Soziale Abgaben)
davon feste Vergütung	17.837.252 EUR
davon variable Vergütung	3.286.764 EUR
Zahl der Mitarbeiter der KVG zum 31.12.2019	243 HC ⁶ / 223,06 FTE ⁷
Höhe des vom AIF gezahlten Carried Interest	0,00 EUR
Gesamtsumme der von der KVG im Kalenderjahr 2019 an Führungskräfte und Mitarbeiter gezahlte Vergütung, deren Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil des AIF ausgewirkt hat	5.282.656 EUR
davon Führungskräfte	2.510.548 EUR
davon andere Mitarbeiter	2.772.108 EUR

Bei den in der obigen Tabelle dargestellten Beträgen handelt es sich um die im Geschäftsjahr 2019 tatsächlich gezahlten Mitarbeitervergütungen.

⁶ HC: Headcount; Mitarbeiterzahl

⁷ FTE: Full time equivalent; Vollzeitäquivalent

Die Verwaltungsgesellschaft hat für Mitarbeiter, die gemäß § 37 Abs. 1 Satz 1 KAGB als Risikoträger bzw. für Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen eine Vergütungspolitik festgelegt, die einem soliden und wirksamen Risikomanagement entspricht, um den potenziell schädlichen Auswirkungen schlecht gestalteter Vergütungsstrukturen auf ein solides Risikomanagement und auf die Risikobereitschaft von Einzelpersonen entgegenzuwirken. Die Vergütungspolitik der Verwaltungsgesellschaft steht in Einklang mit der Geschäftsstrategie, den Zielen, Werten und Interessen der Verwaltungsgesellschaft und der von ihr verwalteten Investmentgesellschaften sowie der Anleger dieser Investmentgesellschaften.

Grundsätzlich sind alle Mitarbeiter und Führungskräfte der Verwaltungsgesellschaft, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf die Risikoprofile der Verwaltungsgesellschaft oder auf die Risikoprofile der von ihr verwalteten Investmentgesellschaften auswirkt, von den Regelungen zum Vergütungssystem betroffen. Dies umfasst die Geschäftsführer und Führungskräfte, Risikoträger, Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen sowie alle Mitarbeiter, die eine Gesamtvergütung erhalten, aufgrund derer sie sich in derselben Einkommensstufe befinden wie die Führungskräfte und Risikoträger.



Für diese Mitarbeiter gelten insbesondere folgende Vergütungsrichtlinien:

- Die Vergütung der Mitarbeiter der Verwaltungsgesellschaft setzt sich aus einem Fixgehalt sowie einem variablen Bestandteil zusammen.
- Die variable Vergütung ist derart ausgestaltet, dass sie teilweise bis vollständig reduziert werden kann. Zum Zwecke der Einschränkung einer übermäßigen Risikoübernahme erfolgt die Berechnung der variablen Vergütung risikogewichtet und erfolgsabhängig. Für die Berücksichtigung von Risiken und Ergebnissen in der variablen Vergütung werden sowohl quantitative als auch qualitative Indikatoren im Einklang mit Geschäfts- und Risikostrategie der Verwaltungsgesellschaft sowie der jeweiligen Investmentgesellschaft verwendet. Die Festlegung der variablen Vergütung erfolgt auf der Basis von zu Beginn des Geschäftsjahres dokumentierten Zielvereinbarungen. Diese bestehen zum einen aus von der Geschäftsführung festgelegten allgemeingültigen Unternehmenszielen und zum anderen aus von den Führungskräften festgelegten individuellen Zielen für alle Mitarbeiter. Die Zielvereinbarungen berücksichtigen die individuellen Anforderungen an den jeweiligen Unternehmensbereich und dienen der Bewertung von Leistung und Erfolg der einzelnen Mitarbeiter. Diese Bewertung erfolgt im Rahmen eines jährlichen Mitarbeitergesprächs.
- Im Allgemeinen werden bei der Verwaltungsgesellschaft Anreize für die Geschäftsführer und Mitarbeiter zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden, da die Geschäftsführung sichergestellt hat, dass alle Geschäfte insbesondere einer vorherigen Genehmigung durch die Geschäftsführer unterliegen. Die Geschäftsführung hat hierbei die Vorgaben der Geschäftsordnung zu beachten, d.h. insbesondere sind alle dort festgelegten Geschäfte mit Risikobezug dem Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft zur Genehmigung vorzulegen. Dadurch ist grundsätzlich sichergestellt, dass die Geschäftsführung am Aufsichtsorgan vorbei keine Risikopositionen eingehen kann, die unverhältnismäßige Folgen für die Höhe der Vergütung haben können.

Entscheidungen über die Höhe von Vergütungen werden von der Geschäftsführung der Verwaltungsgesellschaft getroffen. Sollte die Geschäftsführung selbst betroffen sein, werden diese Entscheidungen durch den Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft getroffen.

Die Verwaltungsgesellschaft hatte im Dezember 2016 einen Vergütungsausschuss eingerichtet.

Der Vergütungsausschuss besteht aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden sowie einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrats der KVG. Der Aufsichtsrat bedient sich der internen Beratung durch die Leitung der KVG und der Leitung HR der KVG. Die Leitung HR der KVG nimmt i.d.R. als Gast an den Sitzungen des Vergütungsausschusses teil. Die Teilnehmer des Vergütungsausschusses treffen sich zweimal jährlich. Sitzungen und Beschlüsse können auch im Umlaufverfahren durchgeführt werden. Der Vergütungsausschuss überwacht die Ausgestaltung der Anreiz- und Vergütungssysteme gemäß den gesetzlichen Vorgaben der ESMA Leitlinien und berichtet an den Aufsichtsrat über notwendige Anpassungen sowie ob es mit den nationalen und internationalen Vorschriften, Grundsätzen und Standards vereinbar ist.

Einzelheiten zur Vergütungspolitik werden von der Gesellschaft jährlich in Form eines Vergütungsberichtes auf der Internetseite bzw. auf Anfrage als Papierversion zur Verfügung gestellt.

6. Wesentliche Änderungen im Geschäftsjahr

Angaben gemäß § 101 Abs. 3 Nr. 3 KAGB

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 erfolgten keine wesentlichen Änderungen hinsichtlich der im Verkaufsprospekt aufgeführten Informationen.

Angaben gemäß Artikel 105 Abs. 1c Level-II-Verordnung

Es ergeben sich keine wesentlichen Änderungen hinsichtlich der Angaben gemäß § 158 Satz 1 i.V.m. § 135 Abs. 7 Satz 2 KAGB i.V.m. Art. 105 Abs. 1c Level-II-Verordnung.

Der maximale Umfang der Hebelfinanzierung (Leverage) wurde nicht geändert.

München, den 5. Juni 2020

**Die persönlich haftende Gesellschafterin
Wealthcap 39 Komplementär GmbH**

gez. Alfred Gangkofner

gez. Michael Stüber

gez. Johannes Seidl

Grünwald, den 5. Juni 2020

Die geschäftsführende Kommanditistin



Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH

gez. Dr. Rainer Krütten

gez. Gabriele Volz

gez. Sven Markus Schmitt

Bilanz zum 31. Dezember 2019

A. Aktiva

	31.12.2019	Anteil am Fondsvermögen	Vorjahr
EUR	EUR	in %	EUR
A. Aktiva			
1. Beteiligungen	172.184.378,94	98,48	151.196.678,38
2. Barmittel und Barmitteläquivalente			
a) Täglich verfügbare Bankguthaben	286.994,95	0,16	1.146.996,06
3. Forderungen			
a) Forderungen an Beteiligungsgesellschaften	2.608.402,87	1,49	3.101.094,80
	175.079.776,76		155.444.769,24

B. Passiva

1. Rückstellungen	194.600,00	0,11	158.707,63
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			
a) aus anderen Lieferungen und Leistungen	60,00	0,00	1.356,24
3. Sonstige Verbindlichkeiten			
a) gegenüber Gesellschaftern	33.314,99	0,02	14.013,89
4 Eigenkapital			
a) Komplementärin	0,00	0,00	0,00
b) Kommanditisten			
ba) Kapitalanteile bzw. gezeichnetes Kapital	131.203.850,04	75,04	136.782.352,90
bb) Kapitalrücklagen	5.287.527,50	3,02	5.287.527,50
bc) Nicht realisierte Gewinne/Verluste aus der Neubewertung	47.649.292,94	27,25	26.661.592,38
bd) Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-13.460.781,30	-7,70	-16.950.996,66
be) Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	4.171.912,59	2,39	3.490.215,36

	174.851.801,77	100,00	155.270.691,48
	174.851.801,77	100,00	155.270.691,48
	175.079.776,76		155.444.769,24

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019

	EUR	2019 EUR	Vorjahr EUR
1. Erträge			
a) Zinsen und ähnliche Erträge	4.808.944,70		4.172.313,75
b) Sonstige betriebliche Erträge	9.201,88		61.670,00
Summe Erträge		4.818.146,58	4.233.983,75
2. Aufwendungen			
a) Verwaltungsvergütung	234.699,78		203.563,56
b) Verwahrstellenvergütung	104.462,08		91.000,00
c) Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	28.134,99		41.142,87
d) Sonstige Aufwendungen	278.937,14		408.061,96
Summe der Aufwendungen		646.233,99	743.768,39
3. Ordentlicher Nettoertrag/ Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres		4.171.912,59	3.490.215,36
4. Zeitwertänderungen			
a) Erträge aus der Neubewertung	20.987.700,56		18.148.283,74
Summe des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres		20.987.700,56	18.148.283,74
5. Ergebnis des Geschäftsjahres		25.159.613,15	21.638.499,10

Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG,

München

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

1. Allgemeine Angaben



Die Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München (Gesellschaft oder AIF), ist eine geschlossene Investmentkommanditgesellschaft im Sinne des § 149 des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) und gilt als kleine Kapital- und Personengesellschaft im Sinne des § 267 i. V. m. § 264a HGB. Der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 wurde nach den Vorschriften des § 158 i. V. m. § 135 KAGB sowie den Bestimmungen der Kapitalanlagerechnungslegungs- und Bewertungsverordnung (KARBV) aufgestellt. Somit sind für den Jahresabschluss die Bestimmungen des Ersten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buches des HGB und für den Lagebericht § 289 HGB anzuwenden, soweit sich aus den Vorschriften des KAGB nichts anderes ergibt. Größenabhängige Erleichterungen wurden teilweise in Anspruch genommen.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend § 135 KAGB i. V. m. den §§ 21 und 22 der KARBV gegliedert.

Die Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München, ist im Handelsregister Abteilung A des Amtsgericht München unter der Nummer HRA 103757 eingetragen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Beteiligungen sind gemäß § 28 KARBV i. V. m. § 168 Abs. 3 KAGB zum Verkehrswert bewertet. Dieser entspricht dem Net Asset Value (NAV) und ist als Summe der Beträge zu verstehen, zu denen die von der Beteiligungsgesellschaft gehaltenen Vermögensgegenstände bzw. die Verbindlichkeiten in einem Geschäft zwischen sachverständigen, unabhängigen und vertragswilligen Geschäftspartnern ausgetauscht werden können.

Zur Ermittlung des NAV der jeweiligen Beteiligung wurde für die Bewertung des Sachanlagevermögens in der Objektgesellschaft die Discounted Cash Flow Methode (DCF-Verfahren) angewandt, d.h. die erwarteten Zahlungsströme aus den Objekten wurden auf den Barwert zum Abschlussstichtag abgezinst. Der Bewertung liegt ein Detailprognosezeitraum vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2029 zugrunde. Gemäß der Bewertungsrichtlinie der Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, München (WCK), werden die Zahlungsströme mit einem risikoadäquaten Diskontierungszinssatz bewertet.

Die übrigen Aktiva sind zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Erträge und Aufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt.

3. Angaben zur Bilanz

3.1 Aktiva

Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag an den drei Objektgesellschaften Wealthcap Objekt Frankfurt GmbH & Co. KG, München (Objekt Frankfurt KG), der Wealthcap Objekt Sendling GmbH & Co. KG, München (Objekt Sendling KG), und der Wealthcap Objekt Stuttgart II GmbH & Co. KG (Objekt Stuttgart II KG) jeweils in Höhe von rd. 94,8 % beteiligt. Die ergänzenden Angaben für die Immobilieninvestitionen der Objektgesellschaften nach § 25 Abs. 5 KARBV werden in der Anlage 1 zum Anhang aufgeführt.

Übersicht über die Beteiligungen zum 31. Dezember 2019 gemäß den §§ 158 Satz 2 i. V. m. 148 Abs. 2 KAGB:

Firma, Rechtsform und Sitz	Objekt Frankfurt KG	Objekt Sendling KG	Objekt Stuttgart II KG
	Wealthcap Objekt Frankfurt GmbH & Co. KG, München	Wealthcap Objekt Sendling GmbH & Co. KG, München	Wealthcap Objekt Stuttgart II GmbH & Co. KG, München
Gesellschaftskapital (HGB) in Tsd. EUR	47.394	59.053	24.949
Höhe der Beteiligung in %	94,8	94,8	94,8
Zeitpunkt des Erwerbs	03.01.2017	03.01.2017	03.01.2017
Verkehrswert der Beteiligung in Tsd. EUR	54.825	83.470	33.890

Die Forderungen bestehen gegen die drei Objektgesellschaften aus der phasengleichen Gewinnvereinnahmung (2.608 Tsd. EUR; Vorjahr: 3.101 Tsd. EUR). Sie haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Gewinnansprüche des AIF sind bei den drei Objektgesellschaften entsprechend als Verbindlichkeiten passiviert und in den Bewertungen zugrundeliegenden Vermögensaufstellungen dementsprechend NAV-mindernd berücksichtigt.

Die täglich verfügbaren Bankguthaben (287 Tsd. EUR; Vorjahr: 1.147 Tsd. EUR) betreffen das Guthaben auf dem laufenden Konto bei der UniCredit Bank AG.

3.2 Passiva

Das Eigenkapital in Höhe von 174.851.801,77 EUR (Vorjahr: 155.270.691,48 EUR) entfällt ausschließlich auf die Kommanditisten (Anleger und Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, Grünwald (WCK)).



Die im Eigenkapital unter der Position b) ba) ausgewiesenen Kapitalanteile der Kommanditisten setzen sich zum Abschlussstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Kapitalanteile	139.790.000,00	139.790.000,00
Entnahmen	-8.586.149,96	-3.007.647,10
	131.203.850,04	136.782.352,90

Die im Geschäftsjahr 2019 getätigten Entnahmen betreffen in voller Höhe Kapitalrückzahlungen.

Die Rückstellungen (195 Tsd. EUR; Vorjahr: 159 Tsd. EUR) beinhalten vorwiegend die Verwahrstellengebühr für 2019 (101 Tsd. EUR; Vorjahr: 91 Tsd. EUR), Treuhandvergütung (29 Tsd. EUR, Vorjahr: 14 Tsd. EUR), Geschäftsbesorgungsvergütung (29 Tsd. EUR; Vorjahr: 14 Tsd. EUR) und die Kosten der Jahresabschlussprüfung (25 Tsd. EUR; Vorjahr: 30 Tsd. EUR).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 60 EUR (Vorjahr: 1 Tsd. EUR) betreffen eine noch nicht geleistete Zahlung für eine offene Rechnung.

Die sonstigen Verbindlichkeiten zum Abschlussstichtag in Höhe von 33 Tsd. EUR (Vorjahr: 14 Tsd. EUR) betreffen einbehaltene Ausschüttungen an die Anleger.

Sämtliche Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Angaben je Anteilklasse gemäß § 15 KARBV i.V.m. § 22 KARBV werden in Anlage 2 des Anhangs dargestellt.

Unter den Zinsen und ähnlichen Erträgen werden Erträge aus den Objektgesellschaften erfasst, die sich wie folgt zusammensetzen:

	2019	Vorjahr
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Objekt Frankfurt KG	1.224	982
Objekt Sendling KG	2.524	2.279
Objekt Stuttgart II KG	1.061	911
	4.809	4.172

Die Verwaltungsvergütung für das Jahr 2019 beträgt 0,14 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Geschäftsjahres (235 Tsd. EUR), aber mindestens 190 Tsd. EUR (Vorjahr: 204 Tsd. EUR) brutto.

Die Verwahrstellenvergütung von 104 Tsd. EUR (Vorjahr: 91 Tsd. EUR) betrifft die Vergütung für die State Street Bank International GmbH, München, gemäß Verwahrstellenvertrag.

Die Prüfungs- und Veröffentlichungskosten gliedern sich wie folgt auf:

	2019	Vorjahr
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Rückstellung für Prüfung des Jahresberichts für das Geschäftsjahr 2019	25	30
Nachberechnung für Prüfung des Vorjahres	0	10
Veröffentlichungskosten 2018 und 2019	3	1
	28	41

Die sonstigen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:



	2019	Vorjahr
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Eigenkapitalvermittlungsvergütung	0	101
Konzeptionsvergütung	0	34
Platzierungs- und Einzahlungsgarantie	0	29
Treuhandvergütung	233	204
Komplementärvergütung	38	29
Druckkosten	5	5
Übrige	3	16
	279	408

Das nicht realisierte Ergebnis in Höhe von 20.988 Tsd. EUR (Vorjahr: 18.148 Tsd. EUR) resultiert aus der Neubewertung der Beteiligungen zum Abschlussstichtag und besteht aus nicht realisierten Erträgen aus der Neubewertung der Objekt Sendling KG von 12.083 Tsd. EUR, der Objekt Stuttgart II KG von 4.069 Tsd. EUR sowie der Objekt Frankfurt KG von 4.835 Tsd. EUR.

5. Angaben zu (Eigen-)Kapital und Ergebnisverwendung

5.1. Verwendungs- und Entwicklungsrechnung gemäß § 24 KARBV

Die Verwendungs- und Entwicklungsrechnung gemäß § 24 KARBV werden in der Anlage 4 zum Anhang dargestellt.

5.2. Darstellung der Kapitalkonten gemäß Regelung im Gesellschaftsvertrag nach § 25 Abs. 4 KARBV

Das Eigenkapital der Kommanditisten gemäß den gesellschaftsvertraglichen Regelungen (§ 25 Abs. 4 KARBV) stellt sich zum Abschlussstichtag wie folgt dar:

Kommanditisten	31.12.2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Kapitalkonto I (Einlagen)	139.790.000,00	139.790.000,00
Kapitalkonto II (Ausgabeaufschlag)	5.287.527,50	5.287.527,50
Kapitalkonto III (Ausschüttungen, sonstige Entnahmen)	-8.586.149,96	-3.007.647,10
Kapitalkonto IV (realisierte Gewinne/Verluste)	-9.288.868,71	-13.460.781,30
Kapitalkonto V (nicht realisierte Gewinne/Verluste)	47.649.292,94	26.661.592,38
	174.851.801,77	155.270.691,48

Die auf die Anleger entfallenden Haften in Höhe von 1 % der Pflichteinlage (1.397.900,00 EUR) sind im Handelsregister eingetragen.

5.3. Vergleichende Übersicht sowie umlaufende Anteile und Anteilwert gemäß § 101 Abs. 1 Satz 3 Nr. 6 KAGB

Die Anteile haben nicht die gleichen Ausgestaltungsmerkmale. Es wurden verschiedenen Anteilklassen gemäß § 149 Abs. 2 i.V.m. § 96 Abs. 1 KAGB gebildet.

Die Anteile werden mit unterschiedlichen Mindestzeichnungssummen ausgestaltet, die zu unterschiedlichen Ausgabeaufschlägen führen. Die Höhe des Ausgabeaufschlags richtet sich nach der übernommenen Zeichnungssumme wie folgt:

- Einlage in Höhe von 10.000,00 EUR und mehr bis zu 5 % (Anteilklasse A)
- Einlage in Höhe von 200.000,00 EUR und mehr bis zu 2,5 % (Anteilklasse B)
- Einlage in Höhe von 1.000.000,00 EUR und mehr bis zu 1 % (Anteilklasse C)

Der Nettoinventarwert (NAV) je Anteilklasse wird gemäß § 96 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 4 Satz 1 KAGB i.V.m. § 15 Abs. 2 KARBV ermittelt.

	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2017
Anteilklasse A Fondsvermögen	137.900.113,05	122.394.070,59	107.640.776,62
Anteilklasse A Wert je Anteil	1.245,73	1.105,66	973,44
Anteilklasse A Umlaufende Anteile	110.698	110.698	110.578
Anteilklasse B Fondsvermögen	12.774.651,95	11.361.012,80	8.933.753,29
Anteilklasse B Wert je Anteil	1.265,82	1.125,74	982,81
Anteilklasse B Umlaufende Anteile	10.092	10.092	9.090
Anteilklasse C Fondsvermögen	24.177.036,77	21.515.608,09	18.923.645,57
Anteilklasse C Wert je Anteil	1.272,48	1.132,40	995,98
Anteilklasse C Umlaufende Anteile	19.000	19.000	19.000

Ein Anteil entspricht 1.000,00 EUR am zum Abschlussstichtag bisher ausgegebenen Kapital von 139.790.000,00 EUR (davon Kommanditkapital: 139.790.000,00 EUR).

6. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Im Berichtszeitraum wurden keine Geschäfte i.S.d. Art. 3 Nr. 11 bzw. Nr. 18 der Verordnung (EU) 2015/2365 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, d.h. Wertpapierfinanzierungsgeschäfte oder Gesamttrendite-Swaps, abgeschlossen.

6.1. Vermögensaufstellung gemäß § 101 Abs. 1 Nr. 1 KAGB

Die Vermögensaufstellung ist als Anlage 1 zum Anhang beigefügt.

6.2. Angaben gemäß § 101 Abs. 2 KAGB

6.2.1. Angaben zur Gesamtkostenquote gemäß § 101 Abs. 2 Nr. 1 KAGB

Die Gesamtkostenquote gemäß § 101 Abs. 2 Nr. 1 KAGB beträgt im Geschäftsjahr 2019 rund 0,39 % und setzt sich aus der Summe der laufenden Aufwendungen des Geschäftsjahres (646 Tsd. EUR) bezogen auf das durchschnittliche Fondsvermögen zusammen. Aufgrund des Wegfalls der Initialkosten im Geschäftsjahr 2019 beträgt die Initialkostenquote 0,00 %. Das durchschnittliche Fondsvermögen (165.061.246,63 EUR) wurde als Durchschnitt aus dem Fondsvermögen per 31. Dezember 2019 (174.851.801,77 EUR) und per 31. Dezember 2018 (155.270.691,48 EUR) ermittelt.

6.2.2. Angaben zu den vereinbarten Pauschalgebühren gemäß § 101 Abs. 2 Nr. 2 KAGB sowie weitere vereinbarte Vergütungen

Von der Gesellschaft zu leistende Pauschalgebühren liegen nicht vor.

Folgende Vergütungen an die WCK, die Verwahrstelle oder an Dritte wurden vertraglich vereinbart:

Für das Geschäftsjahr 2019 beträgt die laufende Vergütung für die Verwaltung durch die WCK 235 Tsd. EUR (Vorjahr: 204 Tsd. EUR). Darüber hinaus entfielen 233 Tsd. EUR (Vorjahr: 204 Tsd. EUR) auf die Treuhandtätigkeit der WCK.

Daneben erhält die WCK im Rahmen des Bestellsungsvertrags eine Konzeptionsvergütung von 3 % des eingeworbenen Kommanditkapitals. Im Geschäftsjahr 2019 sind keine Vergütungen für die Konzeption mehr angefallen (Vorjahr: 34 Tsd. EUR).

Die zu zahlenden Provisionen für die Eigenkapitalvermittlung an die UniCredit Bank AG, München, oder andere Vertriebspartner beträgt neben dem Ausgabeaufschlag

- bei einem durch einen Anleger übernommenen Zeichnungsbetrag von 10.000,00 EUR oder mehr 4,0 % des Zeichnungsbetrags bzw.
- bei einem durch einen Anleger übernommenen Zeichnungsbetrag von 200.000,00 EUR oder mehr 4,5 % des Zeichnungsbetrags bzw.
- bei einem durch einen Anleger übernommenen Zeichnungsbetrag von 1.000.000,00 EUR oder mehr 5,0 % des Zeichnungsbetrags.



Rückvergütungen i.S.v. § 101 Abs. 2 Nr. 3 KAGB hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 nicht erhalten.

Die jährlichen Vergütungen beziehen sich jeweils auf das Geschäftsjahr der Gesellschaft und sind jeweils zum 30. Juni des Folgejahres zur Zahlung fällig.

Der künftige Liquidator der Gesellschaft erhält während des Liquidationszeitraumes eine jährliche Vergütung von bis zu 0,14 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes.

Die Verwahrstelle erhält für ihre Tätigkeit eine jährliche Vergütung in Höhe von 0,065 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes der Gesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr, mindestens jedoch 53.550,00 EUR jährlich. Für das Geschäftsjahr 2019 wurde eine Vergütung in Höhe von 104.000,00 EUR (Vorjahr: 91.000,00 EUR) berechnet.

Weitere Aufwendungen zulasten der Gesellschaft:

a) Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zulasten der Gesellschaft und werden nicht durch die bereits oben genannten Kosten, Gebühren und Vergütungen gedeckt und auch nicht auf diese angerechnet:

- bankübliche Depotbankgebühren und Kontoführungsgebühren außerhalb der Verwahrstelle ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland,
- Aufwendungen für die Beschaffung von Fremdkapital, insbesondere an Dritte gezahlte Zinsen,
- Kosten für externe Bewerter zur Bewertung der Vermögensgegenstände gemäß §§ 261, 271 KAGB,
- Kosten für Geldkonten und Zahlungsverkehr,
- für die Vermögensgegenstände entstehende Bewirtschaftungskosten (Verwaltungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten), die von Dritten in Rechnung gestellt werden
- Steuern und Abgaben, die der AIF schuldet,
- angemessene Kosten für Gesellschafterversammlungen,
- Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtbevollmächtigten, soweit dies gesetzlich erforderlich ist,
- Kosten für die Prüfung der Gesellschaft durch deren Abschlussprüfer,
- von Dritten in Rechnung gestellte Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen der Gesellschaft sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft erhobenen Ansprüchen,
- Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf die Gesellschaft erhoben werden,
- Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf die Gesellschaft und ihre Vermögensgegenstände (einschließlich steuerrechtlicher Bescheinigungen), die von externen Rechts- und Steuerberatern in Rechnung gestellt werden.

b) Aufwendungen, die bei den Objektgesellschaften aufgrund besonderer Anforderungen des KAGB entstehen, sind von den daran beteiligten Investmentgesellschaften, die diesen Anforderungen unterliegen, im Verhältnis der Anteile zu tragen. Auf Ebene der von der Gesellschaft gehaltenen Objektgesellschaften können ebenfalls Kosten nach Maßgabe von a) anfallen. Diese werden nicht unmittelbar der Gesellschaft in Rechnung gestellt, gehen aber unmittelbar in die Rechnungslegung der Objektgesellschaften ein, schmälern ggf. deren Vermögen und wirken sich mittelbar über den Wertansatz der Beteiligungen in der Rechnungslegung auf den Nettoinventarwert der Gesellschaft aus.

c) Transaktionsgebühr und Transaktionskosten:

- Die Verwaltungsgesellschaft kann für die Veräußerung der Beteiligungen an den Objektgesellschaften oder der Immobilien in den Objektgesellschaften eine Transaktionsgebühr in Höhe von bis zu 1 % des Verkaufspreises erhalten.
- Der Gesellschaft werden darüber hinaus die auf die Transaktion ggf. entfallenden Steuern und Gebühren gesetzlich vorgeschriebener Stellen belastet.
- Der Gesellschaft können die im Zusammenhang mit einer Transaktion von Dritten beanspruchten Kosten unabhängig vom tatsächlichen Zustandekommen des Geschäfts belastet werden.
- Der Gesellschaft werden die im Zusammenhang mit anderen Transaktionen, d.h. insbesondere dem Erwerb, der Instandhaltung, dem Umbau, der Belastung und der Vermietung und Verpachtung von Vermögensgegenständen, von Dritten beanspruchte Kosten belastet. Diese Aufwendungen einschließlich in diesem Zusammenhang anfallender Steuern werden der Gesellschaft unabhängig vom tatsächlichen Zustandekommen des Geschäfts belastet.

d) Erfolgsabhängige Vergütung:

Die Verwaltungsgesellschaft hat Anspruch auf eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung, wenn zum Berechnungszeitpunkt folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Die Anleger haben Auszahlungen in Höhe ihrer geleisteten Einlagen erhalten, wobei die Haftsumme erst im Rahmen der Liquidation ausgekehrt wird.
- Die Anleger haben darüber hinaus Auszahlungen in Höhe einer durchschnittlichen jährlichen Verzinsung von 4 % bezogen auf ihre geleisteten Einlagen für den Zeitraum seit dem Geschäftsjahr 2017 bis zum Berechnungszeitpunkt erhalten.



Danach besteht ein Anspruch auf erfolgsabhängige Vergütung für die Verwaltungsgesellschaft in Höhe von 15 % aller weiteren Auszahlungen aus Gewinnen der Gesellschaft.

Daneben besteht eine Platzierungs- und Einzahlungsgarantievertrag zwischen der Gesellschaft und der Wealthcap Investment Services GmbH (WIS). Die WIS erhält für die Übernahme der Platzierungs- und Einzahlungsgarantie eine Vergütung in Höhe von

- 3 % des von einem Anleger übernommenen Zeichnungsbetrages von 10.000 EUR bis 199.000 EUR,
- 2,5 % des von einem Anleger übernommenen Zeichnungsbetrages von 200.000 EUR bis 999.000 EUR und
- 2,0 % des von einem Anleger übernommenen Zeichnungsbetrages von 1.000.000 EUR oder mehr.

Aufgrund der Vollplatzierung in 2018 sind im Geschäftsjahr keine Vergütungen mehr angefallen (Vorjahr: 3.879 Tsd. EUR).

6.2.3. Angaben gemäß § 101 Abs. 2 Nr. 3 und Nr. 4 KAGB

Die KVG hat im Geschäftsjahr keine gesonderten Kosten in Rechnung gestellt und keine Rückvergütungen der aus dem AIF an die Verwahrstelle und an Dritte geleistete Vergütungen und Aufwendererstattungen erhalten. Weiterhin sind keine Vergütungen der WCK selbst oder einer anderen KVG oder einer Gesellschaft, mit der die KVG eine wesentliche mittelbare/unmittelbare Beteiligung eingegangen ist für die gehaltenen Anteile berechnet worden.

Der Ausgabepreis der Anteile ergibt sich aus dem Nominalbetrag des vom Anleger übernommenen Zeichnungsbetrags zzgl. des Ausgabeaufschlags. Die Summe der in Form des Ausgabeaufschlags und der Initialkosten anfallenden Kosten beträgt bei einem übernommenen Zeichnungsbetrag in Höhe von

- 10.000,00 EUR und mehr maximal 14,2 %
- 200.000,00 EUR und mehr maximal 12,0 %
- 1.000.000,00 EUR und mehr maximal 10,7 %

des Ausgabepreises.

Der Ausgabeaufschlag der Anteile beträgt je nach Anteilsklasse bis zu 5 % des Zeichnungsbetrags. Es steht der Verwaltungsgesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen.

Der Anleger hat kein Recht auf ordentliche Kündigung und damit kein Recht auf Rückgabe der Anteile. Daher wird ein Rücknahmepreis nicht fortlaufend berechnet und ein Rücknahmeabschlag nicht erhoben.

6.3. Vergütungsangaben gemäß § 101 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 KAGB

Die Vergütungsangaben (Mitarbeitervergütungen der KVG) werden im Lagebericht in Abschnitt 5 „Vergütungen“ dargestellt.

6.4. Wesentliche Änderungen im Geschäftsjahr gemäß § 101 Abs. 3 Nr. 3 KAGB

Die wesentlichen Änderungen im Geschäftsjahr werden im Lagebericht in Abschnitt 6 „Wesentliche Änderungen im Geschäftsjahr“ dargestellt.

6.5. Angaben gemäß § 300 KAGB

6.5.1. Angaben zu schwer liquidierbaren Vermögensgegenständen

Anlagen in schwer liquidierbare Vermögensgegenstände bestehen zum Abschlussstichtag nicht.

6.5.2. Angaben zu neuen Regelungen zum Liquiditätsmanagement

Im Berichtsjahr hat es keine Änderungen im Liquiditätsmanagement gegeben.

6.5.3. Risikoprofil der Gesellschaft

Mit der Anlage in den AIF sind neben der Chance auf Wertsteigerung und Ausschüttungen auch Verlustrisiken verbunden.

Der Fokus liegt auf Immobilien in Deutschland mit einem Gewerbeanteil von mindestens 80 % und einer Streuung von Mietern mit überwiegend guten Bonitäten. Die Fremdkapitalaufnahme auf Ebene der Objektgesellschaften ist begrenzt; eine Risikodiversifikation ist durch die Streuung auf mindestens drei Immobilien mit verschiedenen Mietern gegeben.

Der AIF ist somit geeignet für Anleger mit folgendem Risikoprofil:



–höhere Ertragswartungen und die Sicherheit der Anlage stehen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander;

–Inkaufnahme von Erfolgsschwankungen und möglichen Verlusten, jedoch keine Ertragsmaximierung zum Preis erhöhter Verlustgefahren

Folgende wesentlichen Risiken können die Wertentwicklung des AIF und damit das Ergebnis der Anleger beeinträchtigen. Die beschriebenen Risiken können einzeln oder kumulativ auftreten. Bei negativer Entwicklung besteht daher das Risiko, dass die Anleger einen Totalverlust seines eingesetzten Kapitals und des Ausgabeaufschlags erleiden.

Durch den Beitritt zum AIF geht der Anleger eine unternehmerische Beteiligung ein, die signifikante Risiken beinhaltet. Die aus der Beteiligung erzielbaren Erlöse und Rückflüsse sind von vielen unvorhersehbaren und durch den AIF und die Verwaltungsgesellschaft nicht beeinflussbaren zukünftigen Entwicklungen im wirtschaftlichen, steuerlichen, rechtlichen und tatsächlichen Bereich abhängig. Anleger sollten in der Lage sein, einen teilweisen oder vollständigen Verlust ihres investierten Kapitals wirtschaftlich zu tragen.

Wertentwicklung

Es besteht das Risiko, dass die angenommenen Kaufpreiskriterien bzw. Verkaufspreise der von den Objektgesellschaften gehaltenen Immobilien nicht erzielt werden können. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Immobilien am Ende der Laufzeit der Investmentgesellschaft teilweise oder überhaupt nicht verwertet werden können. Eine geringere Wertentwicklung der Immobilien als angenommen, würde zu einem geringeren Verkaufserlös führen, was sich negativ auf die vom Anleger erzielbaren Rückflüsse auswirken und bis hin zu einem Totalverlust führen kann.

Allgemeine Immobilienrisiken

Die Erträge der Objektgesellschaften und damit die des AIF können sich verringern oder ausfallen, z.B. aufgrund eines Konjunkturabschwungs und einer damit verbundenen, reduzierten Mieternachfrage und damit geringeren Mieteinnahmen, infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation einer Mieterin, welche ihre fälligen Mietzahlungen und sonstigen Verpflichtungen nicht mehr begleichen kann, aufgrund einer negativen Mietentwicklung, infolge von Leerstand, z.B. wegen lang andauernden Instandhaltungsmaßnahmen oder wegen fehlender Anschlussvermietung sowie aufgrund von fehlender Durchsetzbarkeit vertraglich vereinbarter Indexklauseln oder einer hohen Inflationsrate. Darüber hinaus können die Immobilien an Attraktivität verlieren, so dass neben geringeren Mieten auch keine bzw. geringere Verkaufserlöse erzielbar sind. Auch können die Instandhaltungs- und Erneuerungsaufwendungen teurer werden als geplant bzw. können mehr Baumängeln an den Immobilien vorhanden sein, als dies erkennbar war. Ebenso ist nicht ausgeschlossen, dass die Immobilien mit Altlasten belastet sind. Das Vorstehende würde zu höheren Kosten bzw. verminderten Erträgen führen und das Ergebnis des Anlegers negativ beeinflussen.

Insolvenzrisiko/keine Einlagensicherung

Der AIF kann zahlungsunfähig werden oder in Überschuldung geraten, wenn er geringere Einnahmen erzielt und/oder höhere Ausgaben tätigt als erwartet. Eine daraus folgende Insolvenz des AIF kann zum Verlust der Einlage des jeweiligen Anlegers samt Ausgabeaufschlag führen, da der AIF keinem Einlagensicherungssystem angehört. Das gleiche Risiko besteht auf Ebene der Objektgesellschaften.

Einsatz von Fremdkapital

Auf Ebene der Objektgesellschaften sind Fremdmittel zur Finanzierung der Immobilien aufgenommen worden. Durch die Verpflichtungen zur Rückzahlung aufgenommener Kredite ist die Liquidität der Immobiliengesellschaften gebunden. Dies kann sich auch negativ auf die Rückflüsse und damit die Liquiditätslage des AIF auswirken und bis zu einem Totalverlust des eingesetzten Kapitals führen (Totalverlustrisiko).

Aktuelle Risikobewertung

Im Rahmen der mittlerweile erfolgten Anbindung von Objektgesellschaften wurden alle relevanten Risikoarten im Rahmen vorgegebener Prozesse intensiv geprüft und bewertet. Fokus lag dabei auf den wesentlichen - das Risikoprofil bestimmenden - Risiken, insbesondere allgemeine Markt- und Immobilienrisiken unter Berücksichtigung des Diversifikationsgrades bzw. der Anlagebedingungen. Es ergeben sich keine Hinweise, dass die Risiken aktuell schlagend werden.

Illiquidität und beschränkte Handelbarkeit

Eine Veräußerung des Anteils durch den Anleger ist zwar grundsätzlich rechtlich möglich, insbesondere über sog. Zweitmarktplattformen. Aufgrund deren geringer Handelsvolumina und dem Erfordernis einer Zustimmung durch die Verwaltungsgesellschaft kann ein Verkauf jedoch ggf. auch gar nicht oder nur mit großen Abschlägen oder unter starken Einschränkungen möglich sein.

6.5.4. Risikomanagementsystem der WCK

Zur Wahrung der organisatorischen Grundlagen zum Risikomanagement für die von der WCK verwalteten AIF wurden Richtlinien im Hinblick auf die Anforderungen nach KAGB erstellt. Die AIF-spezifischen Risikoprozesse werden von der WCK durch die Risikostrategie sowie durch die „Risiko-Richtlinie für die Steuerung von AIF“ geregelt. Die vom Risikomanagement der WCK eingerichteten Risikosteuerungs- und -controllingprozesse berücksichtigen im Wesentlichen die Identifikation, Bewertung und Überwachung, Steuerung und Kommunikation/Reporting der Risiken und auch die Überwachung des Leverage. Stresstests werden als Teil der quantitativen Risikobewertung vorgenommen. Die Überwachung der Risiken eines AIF erfolgt mithilfe eines Limitsystems, welches am jeweiligen Risikoprofil des AIF ausgerichtet ist. Risikolimits wurden im Berichtsjahr nicht überschritten. Änderungen im Risikomanagementsystem im Vergleich zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

6.5.5. Änderungen des maximalen Umfangs von Leverage

Im Berichtsjahr hat es keine Änderungen des maximalen Umfangs des Leverage gegeben.

6.5.6. Gesamthöhe des Leverage



Tatsächlicher Leverage-Umfang nach der Bruttomethode: 1,60

Tatsächlicher Leverage-Umfang nach der Commitmentmethode: 1,63

Zum Abschlussstichtag war Eigenkapital in Höhe von 139.790 Tsd. EUR eingeworben. Zum Abschlussstichtag ergibt sich ein NAV in Höhe von 174.852 Tsd. EUR (Vorjahr: 155.271 Tsd. EUR).

Die WCK hat keine das Investmentvermögen betreffenden Hedging- oder Nettinginstrumente eingesetzt.

6.6. Organe

Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Wealthcap 39 Komplementär GmbH mit Sitz in München (Komplementärin). Das gezeichnete Kapital der Komplementärin beträgt 25.000,00 EUR.

Deren Geschäftsführer sind:

Alfred Gangkofner,

Michael Stüber (seit 1. März 2019),

Johannes Seidl (seit 1. Oktober 2019),

Gilbert Horst (bis zum 28. Februar 2019).

Mit der Geschäftsführung ist die Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, Grünwald, beauftragt.

Deren Geschäftsführer sind:

Gabriele Volz,

Dr. Rainer Krütten,

Sven Markus Schmitt.

München, den 5. Juni 2020

**Die persönlich haftende Gesellschafterin
Wealthcap 39 Komplementär GmbH**

gez. Alfred Gangkofner

gez. Michael Stüber

gez. Johannes Seidl

Grünwald, den 5. Juni 2020

Die geschäftsführende Kommanditistin Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH

gez. Dr. Rainer Krütten

gez. Gabriele Volz

gez. Sven Markus Schmitt

Vermögensangaben gemäß § 101 Abs. 1 KAGB i.V.m. § 25 Abs. 5 KARBV der Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München

Mittelbar gehaltene Immobilien in Ländern mit Euro-Währung	Wealthcap Objekt Frankfurt GmbH & Co. KG	Wealthcap Objekt Sendling GmbH & Co. KG	Wealthcap Objekt Stuttgart II GmbH & Co. KG
Lage der Immobilie	Darmstädter Landstraße 110-114, Frankfurt	Kistlerhofstraße 73-79, München	Schelmenwasenstraße 37-41, Stuttgart
Art der Immobilie	Bürogebäude mit Tiefgarage	Bürogebäude mit Tiefgarage	Bürogebäude mit Parkhaus
Projekt -/Bestandsentwicklungsmaßnahmen	keine	keine	keine
Art der Nutzung	gewerbliche Nutzung	gewerbliche Nutzung	gewerbliche Nutzung
Erwerbsdatum der Immobilie durch die Objektgesellschaft	18.11.2011	20.12.2011	26.06.2012
Baujahr	2002	2003	1983-1986/2015-2016
Grundstücksgröße (m ²)	11.519	15.683	4.568
Nutzfläche Gewerbe (m ²)	30.233	31.301	12.494
Nutzfläche Wohnen (m ²)	0	0	0
Verkehrswert in EUR	91.600.000	126.800.000	53.800.000
Wesentliche Ergebnisse der Bewertung			
- Mieterträge	4.994.451	5.497.738	2.349.464
Diskontierungszins	4,66%	4,02%	4,25%
Anschaffungsnebenkosten gesamt in EUR	5.420.968	3.729.513	2.672.129
Leerstandsquote in %	8,9%	< 1,0%	< 1,0%
Nutzungsausfallentgeltquote in %	8,9%	< 1,0%	< 1,0%
Fremdfinanzierungsquote in % des Verkehrswertes	46,3%	36,5%	41,1%
Restlaufzeiten Mietverträge in Jahren	5,0	3,6	5,3

Angaben gemäß § 15 KARBV i.V.m. § 22 KARBV je Anteilklasse

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

	Anteilklasse A		
	EUR	2019 EUR	Vorjahr EUR
1. Erträge			



Anteilklasse A			
	EUR	2019 EUR	Vorjahr EUR
a) Zinsen und ähnliche Erträge	3.808.144,81		3.318.232,05
b) Sonstige betriebliche Erträge	7.286,86		49.046,01
Summe der Erträge		3.815.431,67	3.367.278,06
2. Aufwendungen			
a) Verwaltungsvergütung	185.855,90		161.893,66
b) Verwahrstellenvergütung	82.722,25		72.372,10
c) Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	22.279,75		32.720,83
d) Sonstige Aufwendungen	220.886,93		324.530,78
Summe der Aufwendungen		511.744,83	591.517,37
3. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres/ Ergebnis des Geschäftsjahres		3.303.686,84	2.775.760,69
4. Zeitwertänderungen			
a) Erträge aus der Neubewertung		16.619.904,69	14.324.224,34
Summe des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres		16.619.904,69	14.324.224,34
5. Ergebnis des Geschäftsjahres		19.923.591,53	17.099.985,03
Anteilklasse B			
	EUR	2019 EUR	Vorjahr EUR
1. Erträge			
a) Zinsen und ähnliche Erträge	347.176,98		283.500,66
b) Sonstige betriebliche Erträge	664,32		4.190,36
Summe der Erträge		347.841,30	287.691,02
2. Aufwendungen			
a) Verwaltungsvergütung	16.943,92		13.831,75
b) Verwahrstellenvergütung	7.541,54		6.183,27
c) Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	2.031,18		2.795,58
d) Sonstige Aufwendungen	20.137,59		27.727,03
Summe der Aufwendungen		46.654,23	50.537,63
3. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres/ Ergebnis des Geschäftsjahres		301.187,07	237.153,39



Anteilklasse B			
	EUR	2019 EUR	Vorjahr EUR
4. Zeitwertänderungen			
a) Erträge aus der Neubewertung		1.515.186,15	1.366.740,51
Summe des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres		1.515.186,15	1.366.740,51
5. Ergebnis des Geschäftsjahres		1.816.373,22	1.603.893,90
Anteilklasse C			
	EUR	2019 EUR	Vorjahr EUR
1. Erträge			
a) Zinsen und ähnliche Erträge	653.622,91		570.581,04
b) Sonstige betriebliche Erträge	1.250,70		8.433,63
Summe der Erträge		654.873,61	579.014,67
2. Aufwendungen			
a) Verwaltungsvergütung	31.899,96		27.838,15
b) Verwahrstellenvergütung	14.198,29		12.444,63
c) Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	3.824,06		5.626,46
d) Sonstige Aufwendungen	37.912,62		55.804,15
Summe der Aufwendungen		87.834,93	101.713,39
3. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres/ Ergebnis des Geschäftsjahres		567.038,68	477.301,28
4. Zeitwertänderungen			
a) Erträge aus der Neubewertung		2.852.609,72	2.457.318,89
Summe des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres		2.852.609,72	2.457.318,89
5. Ergebnis des Geschäftsjahres		3.419.648,40	2.934.620,17

Vermögensaufstellung gemäß den §§ 158, 135 Abs. 5, 101 Abs. 1 Nr. 1 KAGB zum 31.12.2019

	Anschaffungskosten im Berichtsjahr			Wert	Wert	Anteil am Fondsvermögen
	Zugänge in EUR	Abgänge in EUR	Bestand in EUR	in EUR	in EUR	in %
A. Vermögensgegenstände						
I. Beteiligungen an Immobilien- gesellschaften						



	Anschaffungskosten im Berichtsjahr			Wert in EUR	Wert in EUR	Anteil am Fondsvermögen in %
	Zugänge in EUR	Abgänge in EUR	Bestand in EUR			
A. Vermögensgegenstände						
Mehrheitsbeteiligungen					172.184.378,94	98,48
Wealthcap Objekt Sendling GmbH & Co. KG	55.973.240,00	0,00	55.973.240,00	83.469.553,42		47,75
Wealthcap Objekt Stuttgart II GmbH & Co. KG	23.642.085,00	0,00	23.642.085,00	33.890.102,20		19,38
Wealthcap Objekt Frankfurt GmbH & Co. KG	44.919.761,00	0,00	44.919.761,00	54.824.723,32		31,35
II. Liquiditätsanlagen						
Bankguthaben					286.994,95	0,16
III. Sonstige Vermögensgegenstände					2.608.402,87	1,49
Forderungen an Immobiliengesellschaften				2.608.402,87		1,49
Summe Vermögensgegenstände					175.079.776,76	100,13
B. Schulden						
I. Verbindlichkeiten aus anderen Gründen						
anderen Gründen					-33.374,99	-0,02
II. Rückstellungen					-194.600,00	-0,11
Summe Schulden					-227.974,99	-0,13
C. Fondsvermögen					174.851.801,77	100,00
				Anteilklasse A	Anteilklasse B	Anteilklasse C
umlaufende Anteile (Stück)				110.698	10.092	19.000
Anteilwert (EUR)				1.245,73	1.265,82	1.272,48

Gegenstände, die mit Rechten Dritter belastet sind (Besicherungen gemäß § 101 Abs. 1 Nr. 1 Satz 7 KAGB), bestehen zum Abschlussstichtag nicht.

Die Darlehen der Objekt Sendling KG gegenüber der UniCredit Bank AG, München, sind durch eine erstrangige Buchgrundschuld in Höhe von 51.000.000,00 EUR sowie die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus Miet- und Pachtverträgen, die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus Versicherungsverträgen, die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus der Erstvermietungsgarantie, die Abtretung der Zahlungsansprüche aus Veräußerungen, die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus Verkaufsverträgen und künftigen Rechten und Ansprüche gegen den Verkäufer gesichert.

Die Darlehen der Objekt Stuttgart II KG gegenüber der Deutsche Genossenschafts-Hypotheken Bank AG, Stuttgart, sind durch eine Gesamtbuchgrundschuld in Höhe von 24.400.000,00 EUR sowie eine zunächst stille Abtretung der Mietzinsforderungen aus sämtlichen bzgl. des Beleihungsobjekts geschlossenen bzw. noch zu schließenden Mietverträgen gesichert.

Die Darlehen der Objekt Frankfurt KG gegenüber der Deutschen Pfandbriefbank sind durch eine Buchgrundschuld in Höhe von 48.000.000,00 EUR sowie die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus Miet- und Pachtverträgen, die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus Versicherungsverträgen, die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus Objektmanagementverträgen, die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus An- und Verkaufsverträgen, die Abtretung der Rechte und Ansprüche aus Verkaufsverträgen und künftigen Rechten und Ansprüchen gegen den Verkäufer gesichert.

Verwendungs- und Entwicklungsrechnung gemäß § 24 Abs. 1 und 2 KARBV für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019

Verwendungsrechnung gem. § 24 Abs. 1 KARBV

	Anteilklasse A	Anteilklasse B	Anteilklasse C
	EUR	EUR	EUR
1. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	3.303.686,84	301.187,07	567.038,68
2. Gutschrift/Belastung auf Rücklagenkonten	0,00	0,00	0,00
3. Gutschrift/Belastung auf Kapitalkonten	-3.303.686,84	-301.187,07	-567.038,68
4. Gutschrift/Belastung auf Verbindlichkeitenkonten	0,00	0,00	0,00
5. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

Entwicklungsrechnung für das Vermögen der Kommanditisten und der Komplementäre gem. § 24 Abs. 2 KARBV

A. Komplementär

A. Komplementär	EUR	EUR
I. Wert des Eigenkapitals am Beginn des Geschäftsjahres		0,00
1. Entnahmen für das Vorjahr		0,00
2. Zwischenentnahmen		0,00
3. Mittelzufluss (netto)		0,00
a) Mittelzuflüsse aus Gesellschaftereintritten	0,00	
b) Mittelabflüsse wegen Gesellschafteraustritten	0,00	
4. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres nach Verwendungsrechnung		0,00
5. Nicht realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres		0,00
II. Wert des Eigenkapitals am Ende des Geschäftsjahres		0,00

B. Kommanditisten

B. Kommanditisten	Anteilklasse A		Anteilklasse B		Anteilklasse C	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Wert des Eigenkapitals am Beginn des Geschäftsjahres		122.394.070,59		11.361.012,80		21.515.608,09
1. Entnahmen für das Vorjahr		-4.417.549,07		-402.734,07		-758.219,72
2. Zwischenentnahmen		0,00		0,00		0,00
3. Mittelzufluss (netto)		0,00		0,00		0,00



B. Kommanditisten	Anteilklasse A		Anteilklasse B		Anteilklasse C	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Mittelzuflüsse aus Gesellschaftereintritten	0,00		0,00		0,00	
b) Mittelabflüsse	0,00		0,00		0,00	
4. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres nach Verwendungsrechnung		3.303.686,84		301.187,07		567.038,68
5. Nicht realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres		16.619.904,69		1.515.186,15		2.852.609,72
II. Wert des Eigenkapitals am Ende des Geschäftsjahres		137.900.113,05		12.774.651,95		24.177.036,77

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

Entsprechend den Vorgaben des § 264 Abs. 2 Satz 3, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB (§ 135 Abs. 1 Satz 3 KAGB)

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Investmentkommanditgesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Investmentkommanditgesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

München, den 5. Juni 2020

**Die persönlich haftende Gesellschafterin
Wealthcap 39 Komplementär GmbH**

gez. Alfred Gangkofner

gez. Michael Stüber

gez. Johannes Seidl

Grünwald, den 5. Juni 2020

**Die geschäftsführende Kommanditistin
Wealthcap Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH**

gez. Dr. Rainer Krütten

gez. Sven Markus Schmitt

gez. Gabriele Volz

VERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München



VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTES

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) und den einschlägigen europäischen Verordnungen und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen.

Gemäß § 159 Satz 1 i.V.m. § 136 KAGB i.V.m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i.V.m. § 136 KAGB i.V.m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung der gesetzlichen Vertreter nach § 135 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 KAGB zum Jahresabschluss und Lagebericht sowie
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Vermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen KAGB und den einschlägigen europäischen Verordnungen in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.



Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und einschlägigen europäischen Verordnungen zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i.V.m. § 136 KAGB i.V.m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Vermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Vermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen gesetzlichen Vorschriften und der einschlägigen europäischen Verordnungen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN ZUWEISUNG VON GEWINNEN, VERLUSTEN, EINLAGEN UND ENTNAHMEN ZU DEN EINZELNEN KAPITALKONTEN

Prüfungsurteil

Wir haben auch die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten der Wealthcap Immobilien Deutschland 39 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, München, zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erfolgte die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in Übereinstimmung mit § 159 i.V.m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu dienen.



Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu ermöglichen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten ordnungsmäßig ist, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten beinhaltet,

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 159 i.V.m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Zuweisung stets aufdeckt. Falsche Zuweisungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Zuweisungen von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Zuweisungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- beurteilen wir die Ordnungsmäßigkeit der Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Prüfung des relevanten internen Kontrollsystems und von aussagebezogenen Prüfungshandlungen überwiegend auf Basis von Auswahlverfahren.

München, den 16. Juni 2020

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Heiko Vogel, Wirtschaftsprüfer
Martin Strücker, Wirtschaftsprüfer